

**Wahlprüfsteine zur  
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021  
vom Verein Bisexuelles Netzwerk e. V**

*Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern*

**Frage 1**

*Bisexuelle (Bi+) outen sich deutlich später, dabei sorgt Coming-out deutlich für Zufriedenheit. Es gibt bislang 0 geoutete bi+ Bundestagsabgeordneten – anders in anderen Staaten. Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker\*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?*

In Mecklenburg-Vorpommern haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über 1.000 Mitglieder. Die Vielfalt der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich auch in unserer Partei. Dazu zählt u. a., dass sich auch geoutete und ungeoutete bisexuelle Menschen bei uns Bündnisgrünen engagieren. Um das noch stärker anzuerkennen, hat unsere Partei auf Bundesebene Ende letzten Jahres ein Vielfaltsstatut beschlossen.

Mit diesem Vielfaltsstatut verfolgen wir das Ziel, grüne Strukturen so zu gestalten, dass sie in Bezug auf die sexuelle Orientierung, aber auch auf das Geschlecht, eine rassistische, antisemitische oder antiziganistische Zuschreibung, die Religion und Weltanschauung, eine Behinderung oder Erkrankung, das Lebensalter, die Sprache, die geschlechtliche Identität, den sozialen oder Bildungsstatus oder die Herkunft inklusiv und nicht diskriminierend wirken. Wir sind uns damit bewusst, dass unsere Stärke auch in unserer Vielfalt liegt. Die Perspektiven von bisexuellen Menschen bereichern unsere Partei. Wir befinden uns momentan am Anfang eines Prozesses, dieses Vielfaltsstatut in unserem Landesverband und in den Kreisverbänden mit Leben zu füllen. Dazu gehört es für uns, dass wir unsere Parteimitglieder während ihres Coming-out stärken wollen.

Ein Beispiel dafür ist unser Landtagskandidat Sebastian Hüller (Listenplatz 20). Er ist geoutet und engagiert sich u. a. in unserer Landesarbeitsgemeinschaft Queer. Jedoch verwendet er die Bezeichnung „bi+“ für sich nicht als Selbstbezeichnung.

**Frage 2**

*Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61 % vs. maximal 44 %. Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch. Bi+ haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden. Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?*

Zwar wissen wir, dass Bisexuelle in besonderem Maße von bestimmten Krankheiten betroffen sind. Über die genauen Hintergründe und Ursachen wissen wir jedoch noch zu wenig. Die Auflegung eines

LSBTIQ\*-Gesundheitsberichts sowie die Förderung der Forschung in diesem Bereich können uns dabei helfen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen versprechen wir uns wichtige Impulse für die Gesundheitsversorgung und -vorsorge.

Darüber hinaus brauchen bisexuelle Menschen eine sensible medizinische Betreuung. Zu viele haben in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen gemacht. Diese Erfahrungen dürfen sich nicht wiederholen. LSBTIQ\*-inklusive Gesundheitsversorgung setzt vor allem entsprechend qualifiziertes und sensibilisiertes Personal voraus. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir daher Queerkompetenz als Pflichtbestandteil im Studium und der Ausbildung des medizinischen Personals zu etablieren.

### **Frage 3**

*86 % der Bi+ wünschen sich mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule. Materialien auf [bine.net/schule](http://bine.net/schule). In der Schulpraxis wird Bi+ meist verschwiegen. Junge bi+ sind keine Minderheit: 39 %. Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler\*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?*

In den Schulen des Landes kommt das Thema Bisexualität noch immer viel zu kurz. Gemeinsam mit der Elternschaft, Schüler\*innen und der LSBTIQ\*-Community müssen wir mehr in den Austausch kommen, wie wir diesem Problem begegnen können und vor allem, welche Leitperspektive wir dabei verfolgen. Sicher ist aber, dass es noch mehr *bi+*-sensible Unterrichtsmaterialien, Aufklärungsprojekte und Fortbildungen braucht. Unser Ziel ist es, die Sichtbarkeit sexueller Vielfalt in den Lehrplänen Mecklenburg-Vorpommerns weiter zu erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir unser pädagogisches und psychologisches Personal konsequent aus- und weiterbilden. Ähnlich den Ansprechpersonen für LSBTIQ\* bei Polizei und Justiz, können zu diesem Thema qualifizierte und sensibilisierte Personen eine wichtige Rolle in den Schulen einnehmen.

In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir, bereits in KiTa und Grundschule für die altersgerechte Vermittlung der Vielfältigkeit von Beziehungsformen als Teil der Normalität Sorge zu tragen.

### **Frage 4**

*2015 trat in MV ein Aktionsplan gegen LSBTI\*-Feindlichkeit in Kraft, in dem der Begriff „bisexuell“ anders als in der Bi+Community anerkannt definiert wird. Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?*

Wir begrüßen es, dass die Landesregierung im Jahr 2015 einen Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz vorgelegt hat. Wichtig ist dabei auch die Mitwirkung von LSBTIQ\*-Interessenvertretungen, wie dem LSVD Queer MV. Problematisch ist dabei, dass insbesondere bisexuellen Menschen eine starke Interessenvertretung in Mecklenburg-Vorpommern (z. B. eine Lokale Gruppe Ihres Vereins Bisexuelles Netzwerk e.V.) fehlt. An dieser Stelle müssen wir den Austausch unbedingt intensivieren.

Darüber hinaus wurde in der Evaluation des Aktionsplans deutlich, dass die Landesregierung aus der Sicht vieler Menschen noch zu wenig für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und

geschlechtlicher Vielfalt unternimmt. Hier wurde insbesondere die Pflicht des Landes betont, das Schul- und Bildungssystem besser aufzuklären. Um diesen und andere noch offene Punkte anzupacken, braucht es jedoch nicht nur die Worte des Landesaktionsplan. Vielmehr gehört „Vielfalt in den Haushalt“. Vertreter\*innen unserer Partei beteiligten sich daher bei den letzten Haushaltsverhandlungen an einer gleichnamigen Demo in Schwerin – dafür wollen wir uns auch im Landtag stark machen. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir den Landesaktionsplan zu aktualisieren und mit ausreichend Haushaltsmitteln auszustatten.

### **Frage 5**

*Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher. Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?*

An unseren Hochschulen bilden Forschung und Lehre eine untrennbare Einheit. Wir wollen u. a. in den Lehramts- und Medizin-Studiengängen Queerkompetenz als Pflichtbestandteil etablieren. Dazu zählen wir auch Kompetenzen zum Thema Bisexualität. Von dieser Verankerung in den Curricula, gehen Impulse für die Forschung aus. So wird etwa die Möglichkeit eröffnet, dass Seminar-, Abschluss- und Qualifizierungsarbeiten Fragestellungen zum Thema Bisexualität aufgreifen.

Wie bereits in der Antwort zu Frage 2 dargelegt, sehen wir hier vor allem in der Medizin Forschungsbedarf. Zudem muss Mecklenburg-Vorpommern verstärkt die unabhängige Aufarbeitung der Geschichte von Bisexuellen unterstützen. Insbesondere der Verfolgung von Bisexuellen zur Zeit des Nationalsozialismus und zu DDR-Zeiten soll hierbei besondere Bedeutung beigemessen werden. Für eine verantwortungsvolle Erinnerungskultur braucht es Projekte der Erinnerungskultur, bei denen die Bevölkerung aktiv einbezogen wird, wie etwa Mahnmale und Gedenkorte für Menschen, die auf Grund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt, vertrieben oder ermordet wurden.

### **Frage 6**

*Sichtbarkeit ist für Bi+ zentral. Es gibt in SH eine Initiative hierzu (), in Australien eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.), den 1. Bi+Pride in D 2021 mit Bi-Flaggen-Hissungen und Demonstration: [bipride.de](http://bipride.de), in Berlin: [biberlin.de](http://biberlin.de) Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?*

Wir Bündnisgrüne unterstützen seit jeher Aktionen und Demonstrationen sexueller und geschlechtlicher Minderheiten. In Mecklenburg-Vorpommern haben sich in diesem Bereich neben den CSDs in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Neustrelitz auch der IDAHOBIT in vielen Städten und Gemeinden etabliert. Dort sind wir persönlich dabei und begleiten diese Aktionen bspw. durch unsere Social-Media-Aktivitäten.

Wir messen zudem queeren Räumen als diskriminierungsfreien Orte eine wichtige Rolle zu. Dort kann Diskriminierungsstress abgebaut werden. Sie können Ausgangspunkt für z. B. Beratungs-, Bildungs-, Veranstaltungsangebote sein. Um den Anforderungen auch im ländlichen Raum gerecht zu werden, denken wir queere Räume vielfältig: Ob mobiles Angebot, größeres Zentrum oder

tatsächlich ein einzelner Räum. Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung müssen queere Räume unbedingt eine angemessene staatliche Grundfinanzierung erhalten.

Seit Jahren wollen viele Städte und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern zum IDAHOBIT und zum CSD vor ihren Rathäusern die Regenbogenflaggen setzen. Petitionen zum Thema haben mehrere tausende Unterzeichner\*innen gewinnen können. Doch das Innenministerium stellte sich bislang stur. Es verbietet das Setzen der Regenbogenflagge vor den Rathäusern und versteckt sich dabei hinter die Beflaggungsverordnung und seiner Neutralitätspflicht. Wir denken jedoch, dass mit einem Bekenntnis für LSBTIQ\* und Menschenrechte die Neutralitätspflicht nicht berührt wird. Um das unmissverständlich klarzumachen, fordern wir die Regenbogenflagge in die Beflaggungsverordnung des Landes aufzunehmen. Das Hissen der Bi-Flagge (bspw. am 23. September) ist für uns ein logischer weiterer Schritt.

#### **Frage 7**

*Sexualaufklärungs-Gegner gefährden Kinder, finden aber in d. Politik Gehör. Politiker\*innen äußern sich LSBTI\*-feindlich. Sachverständige fordern Initiativen gg. Hasskriminalität gegen LSBTI\*. Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?*

Gegen Bisexuelle gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir für eine bürger\*innennahe Polizei eine landesweit einheitliche Erfassung von gruppenbezogener Hasskriminalität, etwa gegen Bisexuelle, in der polizeilichen Kriminalstatistik.

Darüber hinaus wollen wir einen bundesweiten Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung der Hasskriminalität mit landesspezifischen Aktionsplänen. Wir treten für einen effektiveren Umgang mit Beschwerden ein, eine Verbesserung der Strafverfolgung und zivilrechtlicher Durchsetzung; besonders bezogen auf Hasskriminalität im Netz. Dafür brauchen wir personell und technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden und entsprechende Sensibilisierung aller Beschäftigten der Strafverfolgungsbehörden. Für Hasskriminalität im Netz fordern wir ein Gesetz für digitalen Gewaltschutz, dass das Vorgehen auch gegen nicht eindeutig personell identifizierbare Accounts ermöglicht. Bisexuelle sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können.

Noch immer werden in vielen Staaten Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Uns Bündnisgrünen ist es wichtig, allen Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Dazu gehört es auch, Bi+-Geflüchtete auf Hilfsangebote in ihrer besonderen Situation aufmerksam zu machen. Sie brauchen Hinweise auf externe und interne Beratungsstellen und Ansprechpersonen. Der Schutz vor Diskriminierung und gewalttätigen Übergriffen muss unter allen Umständen gewährleistet sein. Deshalb setzen wir uns für Gewaltschutzkonzepte und Mindeststandards für die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein. Die momentan praktizierte Separierung von Bi+-Geflüchteten innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte sehen wir kritisch. Für eine menschenwürdige Unterbringung und faire Behandlung Bi+-Geflüchteter fordern wir in unserem Landtagswahlprogramm, besondere Einrichtungen und Rückzugsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Beratungsangebote für *Bi+* müssen ausgebaut werden. Wichtig ist neben ortsnahen Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch die Stärkung der LSB-TIQ\*-Organisationen, die derartige Angebote bislang engagiert anbieten.

#### **Frage 8**

*LSBTI\* werden weiter diskriminiert oder noch ungenüg. geschützt: Blutspenden, Transsexuellenges., Grundges. für alle, Anerkennung gem. Elternschaft, geschlechtsangl. OPs an inter\* Kindern, Konversionstherapien. Werden Sie vermehrt auf d. Rat v. Expert\*innen hören und Menschenrechte umsetzen?*

Für uns Bündnisgrüne haben Menschenrechte eine herausragende Bedeutung. Die von Ihnen aufgezählten rechtlichen Missstände sind für uns unerträglich. Gesetzgeberisch fallen diese Themen in die Gesetzgebung des Bundes. In den vergangenen Jahren hat unsere Bündnisgrüne Bundestagsfraktion einige Vorschläge dazu erarbeitet (z. B. Abschaffung des Transsexuellengesetzes und Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes). Daher treten wir im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür ein, dass sich Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat noch stärker für den Abbau diskriminierender Gesetze engagiert.

#### **Frage 9**

*Auf Bundesebene wurde ein LSBTI\*-Inklusionskonzept erstellt, dennoch bleiben erfolgreiche Maßnahmen selbst in der EU bislang aus. Wie planen Sie in Zukunft (z. B. über den Bundesrat oder Auslandsbesuche), LSBTI\*-Rechte im Ausland erfolgreicher einzufordern?*

Die Wahrung der Menschenwürde muss die Basis für jeden Dialog mit den internationalen Partnern von Mecklenburg-Vorpommern sein. Alle Menschen sind gleich und gleichwertig – hierzulande wie weltweit. Menschenrechte sind universell, vorbehaltlos, ausnahmslos und unteilbar gültig. Außenpolitik muss selbstverständlich die Rechte von Bisexuellen einbeziehen und darf sich nicht auf wirtschaftliche Aspekte begrenzen. Wir müssen den Dialog auch nutzen, um auf die Probleme sexueller Minderheiten hinzuweisen. Wir wollen zudem auch mit Bisexuellen im Ausland in den Dialog treten und somit die Akteur\*innen vor Ort stärken.